

## «Einwohnerrat politisiert am Volk vorbei»

Nach dem Nein zu den Schulhausprojekt-Krediten in Wohlen sehen die unterlegenen Parteien nun die SVP in der Pflicht.

Marc Ribolla

Das Verdikt der Wohler Stimmbevölkerung fiel klipp und klar aus. Mit jeweils rund 62 Prozent Nein-Stimmenanteil schickte sie am Sonntag die beiden Millionenkredite für die Projektierung von neuen Schulhäusern beim Schulzentrum Bünzmatz (2 Millionen Franken) und beim Schulzentrum Junkholz (1,38 Millionen Franken) bachab. Die verworfenen Vorlagen sind ein Erfolg für die SVP-Ortspartei, die gegen die beiden vom Einwohnerrat bewilligten Kredite das Referendum ergriffen hatte.

Die SVP stand im Abstimmungskampf allein gegen die restlichen Ortsparteien und den Gemeinderat da. In einer ersten Reaktion gegenüber dem Regionaljournal von SRF meinte SVP-Präsident Roland Büchi: «Ich bin selbst ein wenig überrascht gewesen, dass es so ein deutliches Resultat ist. Aber es zeigt wieder einmal, dass der Einwohnerrat total am Volk vorbei politisiert.» Die SVP legte den Fokus in ihrer Nein-Kampagne vor allem auf den finanziellen Aspekt und die Millionenkosten.

SVP-Präsident Büchi ist überzeugt, dass alternative Lösungen für den zusätzlichen Schulraum nicht teuer werden. «Man muss einfach über die Bücher gehen und schauen, wie viel man investieren kann und in welche Bauten. Aber sicher



Der Bau von Schulraum bleibt in Wohlen in den kommenden Jahren trotz Nein an der Urne ein wichtiges Thema.

Bild: Marc Ribolla

nicht in solche Schulhäuser wie die Gemeinde Wohlen möchte», so Büchi zu SRF.

### SVP könne nun kein zweites Mal Mitwirkung verweigern

Auf der Seite der Unterlegenen ist man zu einem gewissen Grad konsterniert, sieht aber nun

auch die SVP in der Pflicht. Matthias Angst (GLP) und Harry Lütolf (Mitte) als Sprecher des Ja-Komitees erklären am Montag gegenüber der AZ: «Die Mehrheit des Stimmvolks liess sich leider nicht von einer durchdachten und längerfristigen Strategie überzeugen. Die Des-

informationskampagne der Gegner wirkte.» Die SVP könne nun die Mitwirkung kein zweites Mal verweigern.» Die nächste Vorlage müsse sie mittragen, denn Schulraum werde mit Sicherheit gebaut werden.

Man sei gespannt, meint SP-Präsidentin Laura Pascolin in

Richtung der SVP. «Im Abstimmungskampf waren die Argumente kreativ, aber eher aus dem Märchenbuch als aus der Realität. Jetzt dürfen wir mit Spannung erwarten, welche praktischen und günstigen Lösungen sie tatsächlich vorschlagen werden», sagt Pascolin.

Auf den günstigeren SVP-Gegenvorschlag wartet nun auch die Mitte-Partei. Im Namen des Co-Präsidiiums erklärt Stefanie Dietrich: «Das Bevölkerungswachstum und die Finanzen bereiten den Menschen Sorgen. Jedoch ist es mit dem Nein nicht möglich, die Anzahl Kinder zu stoppen, und sparen werden wir dadurch auch nichts. Im Gegenteil, es wird schlussendlich teurer werden.» Die Mitte möchte, dass die Kinder in pädagogisch geeigneten Räumen beschult werden.

### Die Mitte fordert einen Kompromiss

Für sie stellt sich die Frage, wie es nun weitergehen soll. Dietrich hält fest: «Die Mitte ist überzeugt, dass es nur mit einer Kompromisslösung möglich ist, eine grosse Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen. Dies kann aber nur entstehen, wenn alle Beteiligten so bald als möglich gemeinsam an einen runden Tisch sitzen.»

Rasche Lösungen suchen ist auch das Credo der Grünen. Co-Präsident Patrick Schmid meint: «Gute Ideen sind gefragt, bei denen weder unsere Schulkinder leiden müssen, noch sich der mittelfristige finanzielle Mehraufwand in astronomische Höhen schwingen wird.» Das Wohler Stimmvolk habe sich nun gegen gut angedachte, notwendige Projekte gestellt.

## AEW kann Elektra für 3,2 Millionen kaufen

Die Eggenwiler Gemeindeversammlung gibt dem Verkauf der dorfeigenen Elektrizitätsversorgung per 1. Januar 2025 den Segen.

Marc Ribolla

Seit Mitte 2023 befasste sich der Eggenwiler Gemeinderat mit der Zukunft der Elektrizitätsversorgung (Elektra) des Dorfes. Das Werk existiert mittlerweile seit 105 Jahren und ist komplett im Besitz der Gemeinde.

Im vergangenen Sommer wurde dann publik, dass der Gemeinderat den Verkauf der Elektra an die AEW Energie AG beabsichtigt. Letzten Freitag legte er nun die Veräusserung der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung vor. Als Verkaufspreis hatte der Gemeinderat mit der AEW einen Betrag von 3,2 Millionen Franken per 1. Januar 2025 ausgehandelt.

Gemeinderat Roland Belser, zuständiger Ressortvorsteher, legte den rund siebzig anwesenden Stimmberechtigten ausführlich die Ausgangslage rund um den geplanten Elektra-Verkauf dar. Mit dem Erlös würde beispielsweise die voraussichtliche Nettoschuld der Einwohnergemeinde per Ende 2025 noch rund 1,1 Millionen Franken betragen – statt annähernd 4 Millionen. Doch nicht nur finanzpolitisch regte der Gemeinderat den

Verkauf an. Die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen im Bereich Energie und Stromnetz seien für ein kleines, unabhängiges Konstrukt wie die Eggenwiler Elektra fast nicht mehr handelbar, wie es der langjährige Gemeindeschreiber Walter Bürgi ausdrückt. Der internationale Strommarkt sei sehr unberechenbar.

### Mit 53:8 Stimmen fiel das Verdikt deutlich aus

Dieses Risiko tragen zu können, werde zunehmend schwierig. «Die deutlich grössere AEW Energie AG, die hundertprozentig im Eigentum des Kantons Aargau steht, kann dies viel besser übernehmen», erklärt Bürgi. Die AEW zählt aktuell über 100'000 Kunden und versorgt schon achtzig aargauische Gemeinden, darunter die Stadt Bremgarten.

Mit 53:8 Stimmen genehmigte die Eggenwiler Gemeindeversammlung den Elektra-Verkauf deutlich. «Die Diskussion zu diesem Traktandum verlief respektvoll und korrekt. Es war eine sachliche und überhaupt nicht gehässige Auseinandersetzung», berichtet Gemeindeschreiber Bürgi. Offiziell wird

die Eggenwiler Elektra per Anfang Jahr mit allen Rechten und Verpflichtungen an die AEW Energie übergehen. Bürgi rechnet damit, dass innerhalb von rund drei Monaten alles Administrative erledigt sein wird.

Praktisch einstimmig bewilligte die Gmeind das Budget 2025, das von einem unveränderten Steuerfuss von 106 Prozent ausgeht. Eine formelle Zustimmung gab es auch für die Ausgabe von 38 Millionen Franken des Gemeindeverbands Regionale Alterszentren Bremgarten für die Sanierung und Erweiterung des Alterszentrum Bärenmatt.

Bezüglich Gemeinderatswahlen im September 2025 gab es am Ende der Gmeind Neuigkeiten. Gemeindeammann Roger Hausherr, seit 20 Jahren im Rat und seit acht Jahren Ammann, wird nicht mehr kandidieren. Ebenso wird Gemeinderat André Heinrich (seit sieben Jahren dabei) auf eine Wiederwahl verzichten. Der heutige Vizeammann Pascal Vogel hat seine Kandidatur als Ammann angekündigt, Gemeinderat Belser diejenige als Vizeammann. Es-ther Werthmüller wird weiterhin als Gemeinderätin kandidieren.

## Kritik am Wohler Budget

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt das überarbeitete Budget mit Steuerfuss 120% nur knapp zur Annahme.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) des Einwohnerrates beschäftigte sich mit dem überarbeiteten Wohler Budget. Dieses wies der Einwohnerrat im Oktober dieses Jahres zurück an den Absender. Seine Begründung: «Ein Steuerfuss von 120 Prozent ist nicht mehrheitsfähig.» Es sah einen Aufwandüberschuss von 89'000 Franken und eine Steuerfusserhöhung um 4 Prozentpunkte auf 120 Prozent vor. Anfang November legte der Ge-

meinderat das überarbeitete Budget vor. Dieses ist praktisch unverändert und sieht weiterhin eine Steuerfusserhöhung auf 120 Prozent vor. Die FGPK legt nun ihre Stellungnahme vor.

Darin stellt sie fest, dass die Anpassungen minim seien. In ihrem Bericht sagt die Kommission: «Die steigenden Ausgaben führen zu einer ungenügenden Selbstfinanzierung der sehr hohen Investitionen, was wiederum die Verschuldung stark ansteigen lässt. Weder im Budget

2025 noch im Finanzplan 2025–2034 ist die Rückzahlung der Schulden auf ein für die Gemeinde Wohlen tragbares Niveau abgebildet.» Die FGPK fordert eine Senkung der Kosten. Für die kommenden Budgetjahre müsse unbedingt ein ausgeglichenes Haushalts-gleichgewicht erreicht werden. Knapp, mit 4:3 Stimmen, empfehle sie, das Budget und den Steuerfuss zu genehmigen. Der Einwohnerrat debattiert am 9. Dezember. (nw)

## Der Steuerfuss steigt in Oberlunkhofen

Die Gemeindeversammlung sagt Ja zur Erhöhung von 74 auf 82 Prozent nächstes Jahr.

In der Gemeinde Oberlunkhofen stehen in den kommenden Jahren grössere Investitionen an. Im vergangenen Sommer sagte die Gmeind zum Beispiel Ja zum Projektierungskredit einer neuen Doppelturnhalle Breite, die voraussichtlich rund 15,4 Millionen kosten wird und ab 2026 gebaut werden soll. Der Gemeinderat wies damals darauf hin, dass diese und weitere Investitionen wohl nur mit einer Steuerfusserhöhung finanziert werden können.

Nun hat er eine solche an der Gmeind letzten Freitag mit dem Budget 2025 beantragt. Der Steuerfuss soll von 74 auf 82 Prozent angehoben werden. In der Erfolgsrechnung budgetiert Oberlunkhofen nächstes Jahr mit einem operativen Überschuss von rund 420'000 Franken. Der Souverän genehmigte den Steuerfussanstieg diskussionslos, wie Gemeindeschreiber Marco Widmer der AZ erklärt. Von den 1531 Oberlunkhofer Stimmberechtigten waren

151 an der Gmeind anwesend. Alle Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum.

In der nur rund einstündigen Gmeind winkten die Anwesenden auch die Kreditabrechnungen für die Gruppen-Ärztpraxis sowie die Kreditabrechnung für die einmalige Abfederung der Strompreiserhöhung im Jahr 2023 durch. Eine formelle Zustimmung gab es auch zum Sanierungs- und Umbauprojekt des Bremgarter Alterszentrum Bärenmatt. (rib)